

EDITORIAL



Der selbst erzeugte Strom vom Dach bleibt steuerbefreit. (Foto: Ikea Systems)

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende zu. Fast schon erstaunlich: Das Energiesammelgesetz ist noch im Jahr 2018 durch den Bundesrat gekommen. Als weiteres Projekt hat sich die Bundesregierung nun die Stromsteuer vorgenommen.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) spricht sich für einen Förderstopp von Öl- und Gasheizungen aus. In den ersten zehn Monaten des Jahres hat es rund 15.000 Förderzusagen für effizientere Ölbrennwertheizungen gegeben. Auf Wärmepumpen entfielen 365 Zusagen, auf Holzvergaseranlagen inklusive Pelletheizungen weitere 30.

Frank Mattat, Geschäftsführer der Gasag Solution Plus, erklärt im Interview, warum noch mehr Dämmung im Neubaubereich nicht die Lösung ist. Der Bundesverband Wärmepumpen beklagt noch zu wenige Wärmepumpen für die Klimaziele.

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Oliver Risse
Redakteur
energate immo

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL

🏠 POLITIK & RECHT

Bundesregierung bringt Stromsteuerreform auf den Weg	2
Bund förderte Ölheizungen mit über 43 Mio. Euro	2
BEE will Förderstopp für fossile Heizungen	2
Bundesrat verabschiedet Energiesammelgesetz	3

🏢 MARKT & UNTERNEHMEN

Neuer Ista-CIO kommt von Siemens	4
Lackner neuer COO von Getec	4
Mieter bekommen Stromverträge untergeschoben	4
Engie Deutschland übernimmt technischen Gebäudeausrüster Mattat: "Noch mehr Dämmung im Neubaubereich ist nicht die Lösung"	5
Noch zu wenig Wärmepumpen für Klimaziele	5
Rüsselsheim will Ladepunkte massiv ausbauen	6
Industrie hat großes Kälteeinsparpotenzial	7

🚀 DIGITAL & INNOVATIV

Flegel: "DSL-Versorgung ist eine Herausforderung auf dem Land"	7
Erste Gateway-Zertifizierung geht an PPC	8
Mieterstrom mit gewerblicher E-Mobilität entlastet Netz	9
Schwäbisch Hall will Wärmenetze intelligenter steuern	9

EIGENVERBRAUCH

Bundesregierung bringt Stromsteuerreform auf den Weg

Berlin (energate) - Auf Druck der EU-Kommission hat das Bundeskabinett Änderungen bei der Stromsteuer beschlossen. Die Kommission hatte die bisherigen Befreiungen für den Eigenverbrauch als staatliche Beihilfe gewertet und Änderungen angemahnt. Die Reform sieht nun klarere Definitionen vor. Selbst verbrauchter Strom aus Anlagen bis zu zwei MW bleibt demnach von der Stromsteuer befreit, wenn er aus Erneuerbaren-Anlagen oder aber umweltfreundlicher KWK stammt. Gleiches gilt auch für Erneuerbaren-Anlagen über zwei MW, wenn der Strom für den Selbstverbrauch genutzt wird. Durch den Wegfall des Erfordernisses eines "Grünstromnetzes" und die Beschränkung auf den Selbstverbrauch erhält die Befreiung innerhalb des Stromsteuerrechts einen klar definierten Anwendungsbereich.

Ursprünglich hatte der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geplant, die Leistungsgrenze bei Steuerbefreiungen von Kleinanlagen auf ein MW zu senken. Daran hatte es vor allem aus der KWK-Branche Kritik gegeben. Den Bedenken der EU-Kommission trägt aber das neue Effizienzkriterium Rechnung. Nur KWK-Anlagen mit einem nachweisbar hohen Nutzungsgrad von 70 Prozent sollen laut Gesetz eine Befreiung erhalten./kw

FÖRDERSTATISTIK

Bund förderte Ölheizungen mit über 43 Mio. Euro

Berlin (energate) - In den ersten zehn Monaten des Jahres hat es im Rahmen des "CO2-Gebäudesanierungsprogramms" rund 15.000 Förderzusagen für effizientere Ölbrennwertheizungen gegeben. Insgesamt lag das Volumen der in der entsprechenden Förderprogrammgruppe "Energieeffizient Sanieren" angesiedelten KFW-Programme 152 und 430 bei 43,3 Mio. Euro. Das geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Bundestag-Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Katrin Göring-Eckhardt, hervor. Auf Wärmepumpen entfielen im Rahmen dieser Programme 365 Zusagen mit einem Fördervolumen von rund 1,2 Mio. Euro, auf Holzvergaseranlagen inklusive Pelletheizungen weitere 30 (Fördervolumen: 84.000 Euro).

Neben dem CO2-Gebäudesanierungsprogramm können die Heizungstechnologien Ölbrennwert sowie Biomassekessel und Wärmepumpe auch das "Marktanreizprogramm zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt" (MAP) und das "Anreizprogramm Energieeffizienz" (APEE) gefördert werden, heißt es weiter im Antwortschreiben. Die Förderung im Rahmen

des APEE erfolge dabei als integrierter Bestandteil der beiden zuvor genannten Programme, beispielsweise in Form von Zusatzboni. Das MAP setze sich aus zwei Programmteilen zusammen, die jeweils vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und der staatlichen KfW-Bank administriert werden. Anlagen bis zu einer Größe von 100 kW werden über das BAFA gefördert und Anlagen ab 100 kW von der KfW. Insgesamt wurden Biomasseanlagen und Wärmepumpen im BAFA-Teil mit rund 108,1 Mio. Euro an Investitionszuschüssen und im KfW-Teil mit Darlehenszusagen in Höhe von 23,5 Mio. Euro und Tilgungszuschüssen in Höhe von 5,1 Mio. Euro gefördert./am

DEBATTE

BEE will Förderstopp für fossile Heizungen

Berlin (energate) - Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) plädiert für einen Förderstopp von Öl- und Gasheizungen. Die Bundesregierung sollte stattdessen den Ausbau der Erneuerbaren-Wärme und Effizienzmaßnahmen im Gebäudesektor bezuschussen, heißt es in einem Positionspapier des Verbandes. Der BEE reagiert damit auf Pläne des Wirtschaftsministeriums, sich für eine Verlängerung der Förderung fossiler Systeme einzusetzen. Der Klimaschutzplan 2050 sieht hingegen ein Auslaufen der Förderung bis 2020 vor.



Der BEE fordert mehr Unterstützung für Heizungen mit Erneuerbaren-Wärme. (Foto: Wiro)

Förderung für Erneuerbaren-Wärme

Darin macht der BEE Vorschläge, wie das Fördersystem für Bestandsgebäude und für den Neubau weiterentwickelt werden sollte. Die zentrale Forderung ist eine Ausweitung der Förderung auf alle relevanten Wärmeerzeugungstechnologien auf Erneuerbaren-Basis. Darunter fallen beispielsweise stromerzeugende Holzheizungen, Holz- und Wärmeluftheizungen, Solarthermieheizungen, Brauchwasser-Wärmepumpen sowie Luft-Wärmepumpen. Sowohl im Gebäudebestand als auch bei Neubauten soll zudem der Einsatz von gasförmiger Biomasse und Wasserstoff aus Power-to-Gas-Anlagen in Brennwertgeräten als erneuerbare Energie anerkannt werden. Die Förderung von öl- und gasbefeuerten Heizungen soll hingegen

komplett eingestellt werden, fordert der BEE. Bei einer Hybridheizung soll nur der Erneuerbaren-Anteil staatliche Unterstützung erhalten. Förderfähig soll weiterhin auch die Nachrüstung bestehender Heizungen mit erneuerbaren Komponenten sein, heißt es im Positionspapier weiter.

Förderbonus für innovative Wärmeerzeugung

Hybridheizungen, die ausschließlich Erneuerbare nutzen, sowie Solaranlagen zur Heizungsunterstützung sollen einen höheren Fördersatz erhalten als die anderen erneuerbaren Wärmeerzeuger, fordert der BEE. Für innovative erneuerbare Wärmeerzeugung fordert der BEE einen Innovationsbonus in Höhe von zehn Prozent im Gebäudebestand und 7,5 Prozent im Neubau.

Die Förderung von Effizienzmaßnahmen im Gebäudesektor soll zukünftig so ausgestaltet sein, dass Effizienzhäuser nur noch gefördert werden, wenn eine mindestens anteilige Nutzung erneuerbarer Energien erfolgt, lautet eine weitere Forderung des BEE. Dabei soll eine Förderung für KfW-Effizienzhäuser 40 im Gebäudebestand neu eingeführt werden. Die Fördersätze für Effizienzhäuser sollen im Gebäudebestand bei 17,5 bis 50 Prozent liegen, im Neubau bei 7,5 bis 20 Prozent. /am

GESETZESPAKET

Bundesrat verabschiedet Energiesammelgesetz

Berlin (energate) - Der Bundesrat hat dem Energiesammelgesetz zugestimmt. Damit werden umfangreiche Änderungen bei der KWK, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und beim Mieterstrom zum kommenden Jahr wirksam. Die Länderkammer hatte an dem ursprünglichen Entwurf zahlreiche Änderungen angemahnt, die der Bundestag in seinen Beschlüssen teilweise berücksichtigt

hat. Dennoch war die Zustimmung der Länderkammer mit deutlicher Kritik verbunden. In der Beschlussempfehlung heißt es, dass mit dem Energiesammelgesetz einmal mehr eine Chance verpasst wurde, "energiepolitische Perspektiven aufzuzeigen, die über aktuell notwendige Anpassungen hinausreichen". Die Länder wollen zudem künftig bei energiepolitischen Entscheidungen stärker einbezogen werden.

Bundesrat will mehr Mieterstrom

Der Bundesrat kritisiert in seinem Beschluss insbesondere die schlechten Rahmenbedingungen für Mieterstromprojekte und fordert vom Bund für das Jahr 2019 ein Gesetz zur Stärkung der dezentralen Energieerzeugung in Städten. Dafür verlangt die Länderkammer konkrete Beschlüsse wie eine Anhebung der Leistungsgrenze für den Mieterstromzuschlag auf 250 kW, die Ausweitung der Förderung auf Gewerbeimmobilien. Auch der Förderdeckel von 500 MW soll fallen.

Im Plenum sagte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne), das Energiesammelgesetz "bleibe hinter dem zurück, was möglich wäre". Die Sonderausschreibungen von 4.000 MW für Wind- und Solarenergie kämen zu spät, um 2019 und 2020 noch für zusätzlichen Zubau zu sorgen. Im Gesetz fehle zudem das im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbarte Ziel von 65 Prozent Erneuerbaren-Anteil im Stromsektor bis 2030. Den ungleichen Zubau von Windenergie im Norden und Süden bezeichnete Höfken als teure Fehlplanung und forderte einen regionalen Zuschlag für Südprojekte. Die Bundesregierung will darüber im kommenden Jahr über einen sogenannten Südbonus für Windenergie beraten.

EU-Kommission muss KWK-Verlängerung noch zustimmen

Mit dem Energiesammelgesetz wird die KWK-Förderung bis 2025 verlängert. Für diesen Schritt hatte unter anderem der Stadtwerkeverband VKU geworben. "Die Verlängerung wird endlich wieder Investitionsentscheidungen für KWK-Anlagen in Gang bringen,

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Geschäftsführung:

Marc Hüther

Chefredaktion:

Christian Seelos

Redaktion:

Philip Akoto, Rouben Bathke, Thorsten Czechanowsky, Stefanie Dierks, Dennis Fischer, Steven Hanke, Mareike Lickfeld, Artjom Maksimenko, Alexander Stahl, Michaela Tix, Karsten Wiedemann, Daniel Zugehör

Ständige redaktionelle Mitarbeit:

Dr. Heiko Lohmann

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de
http://www.energate-immo.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Joachimstaler Str. 20, D-10719 Berlin
Telefon: +49 30 364100-401

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516
anzeigen@energate.de

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Abonnement:

ener|gate immo erscheint wöchentlich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 39,- € (zzgl. MwSt.) monatlich. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-immo.de Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

von denen viele derzeit auf Eis liegen", sagte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche nach dem Bundesratsbeschluss. Auch der Verband der Chemischen Industrie (VCI) betonte, ohne die Verlängerung des KWK-Gesetzes wären neuere Anlagen unwirtschaftlich geworden. Hauptgeschäftsführer Utz Tillmann lobte das Energiesammelgesetz als Beispiel dafür, "dass gute Politik sinnvolle Investitionen ermöglichen kann".

Zu 100 Prozent sicher ist die Verlängerung der KWK-Förderung aber noch nicht. Wie energate aus Branchenkreisen erfuhr, hat die EU-Kommission noch nicht zugestimmt. Da es sich um eine Beihilfe handelt, muss Brüssel grünes Licht geben. Aktuell ist das KWK-Gesetz bis 2022 befristet. In der Vergangenheit hatte die EU-Kommission eine Überförderung bei der KWK festgestellt und Änderungen angemahnt, die nun mit dem Energiesammelgesetz in Form sinkender Zuschüsse umgesetzt wurden./kw

MARKT & UNTERNEHMEN

PERSONALIE

Neuer Ista-CIO kommt von Siemens

Essen (energate) - Der Essener Ista-Konzern erweitert seinen Vorstand. Karl Kornwolf wird ab Januar 2019 die neu geschaffene Stelle des Chief Information Officer (CIO) besetzen, teilte die Ista mit. Kornwolf kommt von Siemens, wo er im Energiebereich für Stra-



Karl Kornwolf (51) soll die technologische Transformation der Ista verantworten. (Foto: Ista)

ategie und Business Development verantwortlich war. In Essen soll der 51-Jährige die technologische Transformation des Immobiliendienstleisters verantworten. "Mit Karl Kornwolf haben wir einen echten Experten in den Feldern IT, Transformation und Innovation gewonnen", sagte Ista-CEO Thomas Zinnöcker. Der Manager bringe wesentliche Erfahrungen aus Technologie-Konzernen und dem internationalen Mittelstand mit. Kornwolf kündigte an, er wolle mit Hilfe der Digitalisierung Prozesse vereinfachen sowie Zeitaufwände reduzieren und so eine höhere Zufriedenheit der Kunden und Mieter erreichen./as

PERSONALIE

Lackner neuer COO von Getec

Magdeburg (energate) - Die Getec Holding GmbH erweitert ihre Geschäftsführung um die Position eines Operating Officer (COO). Diese übernimmt ab sofort der bisherige Unternehmensberater Udo Lackner, teilte der Energiedienstleister aus Magdeburg mit.



Udo Lackner ist ab sofort COO der Getec-Gruppe. (Foto: Getec)

In dieser Funktion verantwortete der 54-Jährige alle operativen Tätigkeiten der Getec-Gruppe. Der frühere Vice President von Capgemini Deutschland habe die Getec in der Vergangenheit bereits als externer Dienstleister beraten. Von nun an bildet er gemeinsam mit Thomas Wagner (Group CEO), Michael Lowak (CEO Segment Immobilienwirtschaft) und Heiko Laubheimer (Group CFO) die Geschäftsführung der Unternehmensgruppe./cs

RECHTSSTREIT

Mieter bekommen Stromverträge untergeschoben

Düsseldorf (energate) - Einige Wohnungsgesellschaften vermitteln in neuen Mietverträgen offenbar Stromlieferverträge, ohne die Mieter darüber gezielt in Kenntnis zu setzen. Das bemängeln die nordrhein-westfälischen Ableger des Deutschen Mieterbunds (DMB) und der Verbraucherzentrale. Sie werfen den drei Firmen Deutschen Annington Beteiligungsverwaltungs GmbH, Mira Grundstücksgesellschaft (Vermieterinnen) sowie Vonovia Energie Service GmbH (Vertragspartnerin der Energielieferung) eine unlautere Geschäftspraktik vor. Die Unternehmen seien abgemahnt worden und hätten nun bis zum 19. Dezember Zeit, dieses Vorgehen zu unterlassen.

Konkret sind der Verbraucherzentrale Fälle aus Bochum, Gelsenkirchen und Witten bekannt, in denen Vermietungsgesellschaften ihren Neumieter mit dem Vertragswerk zum Einzug gleich einen zweiten Vertrag der Vonovia als Stromlieferant "unterschoben". Die Betroffenen hätten dem nicht separat zustimmen müssen, klagen die Verbraucherschützer und der DMB. In einem Fall sei auch ein Gasversorgungsvertrag an die Mieter vermittelt worden. Hätten die Neumieter nicht Vonovia als Energielieferanten haben wollen, hätten sie den entsprechenden Passus im Mietvertrag eigenständig

streichen müssen. Dies könne nicht erwartet werden, kritisiert die Verbraucherzentrale. Weiter wurde bemängelt, dass der Stromvertrag eine Mindestlaufzeit von einem Jahr hat und der Tarif von Vonovia über dem Durchschnittspreis liegt./as

+++ KURZ NOTIERT +++

Engie Deutschland übernimmt technischen Gebäudeausrüster

Köln (energate) - Engie Deutschland erwirbt die Otto Luft- und Klimatechnik GmbH & Co. KG mit Sitz in Bad Berleburg (NRW). Das Unternehmen bietet raumlufttechnische Systemlösungen für Industrie, Gewerbe, Handel und die öffentliche Hand sowie Service- und Wartungsdienstleistungen an. Otto Luft- und Klimatechnik beschäftigt nach eigenen Angaben rund 700 Mitarbeiter und wird 2018 voraussichtlich einen Umsatz von 120 Mio. Euro erwirtschaften. Zum Kaufpreis machte Engie keine Angaben. Die Übernahme steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Kartellbehörden./sd

3 FRAGEN AN FRANK MATTAT, GASAG SOLUTION PLUS

Mattat: "Noch mehr Dämmung im Neubaubereich ist nicht die Lösung"

Berlin (energate) - Der Berliner Energiedienstleister Gasag Solution Plus hat in Berlin ein Konzept für die Wärmeversorgung von zwei in Holzbauweise errichteten Mehrfamilienhäusern aufgestellt. Mit energate sprach Geschäftsführer Frank Mattat über die Besonderheiten des Konzeptes.

energate: Herr Mattat, wie sieht Ihre Lösung für die beiden Häuser in Berlin Wedding aus?

Frank Mattat: Als Gasag Solution Plus richten wir unseren Blick immer über das Gebäude hinaus und denken im Quartiersansatz, so auch hier. Die beiden Holzhäuser entstehen im Hinterhof einer bestehenden Blockbebauung. In dem dazugehörigen Vorderhaus stand eine Heizungsanlage, die aus Effizienzgründen sanierungsbedürftig war. Wir errichten daher im Vorderhaus eine neue Wärmeversorgung und erschließen zugleich auch noch die beiden Neubauten über ein kleines Nahwärmenetz. Die eingesetzte Technik basiert dabei auf einem BHKW mit 34 kWel kombiniert mit Gasbrennwerttechnik für die Spitzenlast.

energate: Zum Konzept gehört auch eine zehnpromtente Beimischung von Bio-Erdgas. Wo liegen die Vorteile und welches Potenzial sehen Sie für Bio-Erdgas im Wärmemarkt?

Mattat: Die Bio-Erdgas-Beimischung nutzen wir, um neben der hohen Effizienz aus dem KWK-Prozess die Versorgungslösung durch den Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen noch klimaverträglicher zu machen. Auf diese Art und Weise erreichen wir in

dem Versorgungsgebiet aus zwei Holzhäusern und einem Altbau trotz des eher geringen Wärmebedarfes einen Primärenergiefaktor von unter 0,5. Grundsätzlich sehe ich in dem Einsatz von dezentraler Effizienztechnologie kombiniert mit erneuerbarer Energie einen wichtigen Beitrag, um die Energiewende in urbane Räume zu bringen.



Mattat: „Die aktuellen Energieeffizienzstandards für Neubauten lassen ein Kosten-Nutzen-Missverhältnis erkennen.“ (Foto: Gasag)

energate: Mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz werden geltende Effizienzstandards fortgeschrieben. Ursprünglich war eine Verschärfung geplant. Wären höhere Standards aus Ihrer Sicht machbar und vor allem auch bezahlbar?

Mattat: Die aktuellen Energieeffizienzstandards für Neubauten haben mittlerweile ein Niveau erreicht, dass ein Kosten-Nutzen-Missverhältnis erkennen lässt. Nicht ohne Grund ist die Gebäudedämmung in Verruf geraten. Noch mehr Dämmung im Neubaubereich ist nicht die Lösung. Vielmehr müssen wir die gesamte Kette von der Energieerzeugung, der Verteilung bis zum Verbrauch einbeziehen und optimieren. Insbesondere müssen wir uns der häufig überalterten Erzeugungstechnik in den Heizungskellern und dem unsanierten Gebäudebestand zuwenden. Die Herausforderung ist, den Gebäudebestand energetisch zu sanieren und auf den Stand der heutigen Technik zu bringen. Nur so werden wir die Klimaschutzziele in Deutschland erreichen.

Die Fragen stellte Thorsten Czechanowsky, energate-Redaktion Essen.

BRANCHENPROGNOSE

Noch zu wenig Wärmepumpen für Klimaziele

Berlin (energate) - Trotz Zuwächsen kommt der Einsatz alternativer Wärmetechnologien zu langsam voran. Das zeigt die aktuelle Branchenprognose des Bundesverbandes Wärmepumpe (BWP). Wachstumsraten von zuletzt 17 Prozent bei Wärmepumpen pro Jahr sind zu wenig, um die Ziele der Bundesregierung beim Klimaschutz zu erreichen, so ein Fazit der aktuellen Branchenprognose des Wärmepumpenverbandes. Jährlich werden in Deutschland rund 80.000 Wärmepumpen verbaut. Würde sich diese Entwick-

lung fortsetzen, wären es zur Mitte des Jahrhunderts 3,7 Mio. und damit deutlich weniger als etwa in den Studien vom BDI oder Dena zum Erreichen der Klimaschutzziele gefordert wird. Diese kalkulieren mit einem Bestand von 16 Mio. Wärmepumpen im Jahr 2050. "Für eine erfolgreiche Wärmewende brauchen wir weitere entschlossene Maßnahmen, damit Wärmepumpen ihr volles Potenzial entfalten können", sagt Martin Sabel, Geschäftsführer des Bundesverband Wärmepumpe.



Der Absatz von Wärmepumpen entwickelt sich positiv. (Foto: Lumitronic GmbH/Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V.)

Ungleiche Energiepreise

Eine große Bremse ist laut BWP weiterhin die ungleiche Bepreisung der Energieträger. So kostet die Kilowattstunde Gas oder Heizöl nach Zahlen des Verbandes um die 6 Cent, eine kWh Heizstrom dagegen über 20 Cent, obwohl dieser mittlerweile einen Anteil von knapp 40 Prozent erneuerbare Energien hat. Grund ist die Belastung der Strompreise mit Abgaben und Umlagen. Eine Reform der Energiepreisbelastung zählt daher zu den Kernforderungen der Wärmepumpenbranche. Weitere Punkte sind ein CO₂-Preis sowie die Möglichkeit für Hausbesitzer, energetische Sanierung steuerlich geltend zu machen. Im von der Bundesregierung kürzlich verabschiedeten Gebäudeenergiegesetz ist dies aktuell jedoch nicht vorgesehen.

Laut Wärmepumpenverband könnte sich der Zubau mit diesen energiepolitischen Reformen bis 2050 mehr als verdoppeln. Damit wären zur Jahrhundertmitte 8 Mio. Wärmepumpen in Betrieb. Allerdings reicht auch diese Anzahl nicht aus, um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes zu erreichen. Dafür sei ein massives Umlenken in der Politik und Gesellschaft zu mehr Erneuerbaren und mehr Energieeffizienz notwendig, so der BWP.

Notwendig dürfte zudem eine Reform der Fördermöglichkeiten sein. Der Bundesrechnungshof hatte vor kurzem insbesondere Programme für den Wärmemarkt als unübersichtlich und ineffizient bezeichnet. Auch BWP-Geschäftsführer Sabel hatte dies im Gespräch mit energate bestätigt. Mit einem komplexen System würde versucht Wunden zu heilen, die durch die ungleichen Energiepreise entstehen. "Das ist ein bisschen wie ein Trostpflaster", sagte Sabel. /kw

"ELECTRIC CITY"

Rüsselsheim will Ladepunkte massiv ausbauen

Rüsselsheim (energate) - Die Stadt Rüsselsheim am Main will bis zum Jahr 2020 rund 1.300 Ladepunkte für Elektrofahrzeuge im Stadtgebiet errichten. Damit würden pro öffentlich zugänglichem Ladepunkt 72 Einwohner versorgt, teilte die Stadt mit. Ein Wert, der Rüsselsheim nach eigenen Angaben die höchste Ladesäulendichte in der EU bescheren würde. Hinter dem ambitionierten Projekt namens "Electric City" steht ein Konsortium aus Kommune, Wirtschaft und Wissenschaft. Unter anderem sind der im hessischen Rüsselsheim ansässige Autobauer Opel, die Wohnungsgenossenschaft Gewobau und die Stadtwerke Rüsselsheim involviert. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert das Vorhaben mit insgesamt rund 12,8 Mio. Euro.

Beratung durch Regionalversorger Entega

Von den 1.300 Ladepunkten sollen 900 öffentlich sein, verteilt im gesamten Stadtgebiet. Die weiteren 400 Ladepunkte entstehen auf privaten Flächen, allein 350 auf dem Opel-Gelände. Der Wohnungssektor bringt sich ebenfalls mit ein. So rüstet Gewobau 14 bestehende Garagenkomplexe für Mieter mit Ladepunkten aus und richtet für den eigenen Fuhrpark sechs weitere ein. Als Berater der Stadt fungiert in dem Projekt der Darmstädter Regionalversorger Entega bei Fragen zur Ladesäuleninfrastruktur und der Standortauswahl.

Als Schnittstelle in dem Großprojekt sollen die Stadtwerke Rüsselsheim fungieren. Das Unternehmen habe bereits im Vorfeld Aufgaben bei der Detailplanung, Standortprüfung und Kostenermittlung unternommen. Den notwendigen Ausbau der Netzinfrastruktur sollen auch die Stadtwerke vornehmen, soweit diesem Schritt das Vergabe- oder europäische Beihilferecht nicht entgegensteht, erklärten die Beteiligten.

Verknüpfung mit Hochschulforschung

Begleitet wird das Projekt von Wissenschaftlern der Hochschule Rhein Main. Beteiligt sind die Fachbereiche Architektur sowie Ingenieurwissenschaften. Untersucht werden sollen sowohl technische Themen wie Versorgungssicherheit und Netzintegration, aber auch sozioökonomische Aspekte wie das Mobilitätsverhalten. Dazu können die Forscher auf die Netzbelastungsdaten der Ladevorgänge zugreifen, die die Stadtwerke zur Verfügung stellen. Aus den gewonnenen Daten wollen die Forscher Anforderungen an das Stromnetz sowie Bedürfnisse der E-Mobilisten ableiten. /as

WISSENSCHAFT & TECHNIK

Industrie hat großes Kälteeinsparpotenzial

Erlangen (energate) - Ein bayerisches Forschungsteam untersucht aktuell die Einsparpotenziale von Kältesystemen in der Industrie. So ließen sich durch gezielte Betriebsoptimierung und intelligente Steuerungstechnik erhebliche Energie- und damit Kosteneinsparungen erzielen. Im Rahmen des Forschungsprojektes "SEEDs" haben Wissenschaftler des Fraunhofer-Instituts für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie (IISB) dies bereits an einigen Kältesystemen erfolgreich umgesetzt, teilte das Institut mit. Anhand der eigenen Labor- und Gebäudeinfrastruktur haben sie ein Einsparpotenzial von 20 Prozent ermittelt. "Das bedeutet im Realbetrieb eine jährliche Einsparung von 135.000 kWh elektrischer Energie", so die Forscher. Die Ergebnisse ließen sich auf zahlreiche Industriebetriebe übertragen.

Erheblicher Sekundärenergiebedarf

Das Fraunhofer IISB diente in dem Projekt als Demonstrationsplattform. Durch seine umfangreichen Büro- und Laborflächen sei seine Leistungsklasse in etwa vergleichbar mit einem mittleren Industriebetrieb. Stark schwankende Lasten, Spitzenlasten und ein erheblicher Sekundärenergiebedarf böten dabei Raum für umfassende energetische Optimierungsmaßnahmen. Viele Gewerbebetriebe befinden sich in einer ähnlichen Situation, sie betreiben ihre Kältesysteme häufig mit hohem finanziellem Aufwand. Besonders in den Sommermonaten müssten die Kälteanlagen mit hohen Umgebungstemperaturen kämpfen, was zu signifikanten Spitzenlasten und für das Unternehmen zu höheren Leistungspreisen führt. Erschwerend komme hinzu, dass der Kältebedarf zunimmt und die eingesetzten Kälteanlagen ständig erweitert würden. Die ursprünglich zentralisierte Steuerung der Anlage bekommt so zunehmend einen dezentralen Charakter. "Durch die stetige Veränderung des Systems schleichen sich Ineffizienzen ein, welche ein Unternehmen viel Geld kosten", so die Forscher. Ein Monitoringsystem, das die zentralen Effizienzdaten des Kältesystems überwacht, fehlt meist.

Kaltwasserspeicher für die Sommermonate

Hier setzen die Wissenschaftler an und erheben zunächst den Status quo. Mithilfe von modellbasierter Simulation entwickeln sie dann energetische Konzepte, die den Kältebedarf drücken. Beispielsweise könne sich herausstellen, dass Kältemaschinen falsch dimensioniert sind, unnötig hohe Kaltwasservolumenströme vorliegen oder Betriebspunkte ungünstig und Regelungen ineffizient sind. Häufig werde auch nicht berücksichtigt, dass für Teile der Prozesskühlung keine gesonderte Kältemaschine nötig ist, da bereits die Verdunstungskühlung vorhandener Kühltürme ausreichend Kühlleistung liefert. Eine entsprechende Anpassung spare etwa zehn Prozent der Betriebskosten ein. Die typischen Lastspitzen im Sommer ließen sich durch einen Kaltwasserspeicher mit integriertem Lastmanagement relativieren. Letzterer könne zusätzlich

zum Einsatz kommen, um die Betriebspunkte der Kältemaschinen zu optimieren und einen Teil der Kältebereitstellung in die Nachtstunden zu verlagern. Hierdurch lasse sich der Energiebedarf der Kälteanlage nochmals um 15 Prozent reduzieren.

Der Betrieb von Kälteanlagen verursacht in Deutschland laut IISB etwa 14 Prozent des gesamten Strombedarfs. Der Anreiz für Effizienzmaßnahmen sei deshalb groß. So schätzen Experten das Energieeinsparpotenzial in Kältesystemen auf bis über 50 Prozent der betriebsgebundenen Kosten./ml

DIGITAL & INNOVATIV

3 FRAGEN AN MARC FLEGEL, INNOGY

Flegel: "DSL-Versorgung ist eine Herausforderung auf dem Land"

Traben-Trarbach (energate) - Ein Pilotversuch des Essener Energiekonzerns Innogy erprobt Smart-City-Konzepte im ländlichen Raum. Dazu installiert das Unternehmen sogenannte Smart Poles im rheinland-pfälzischen Traben-Trarbach an der Mosel. Marc Flegel, Projektleiter bei Innogy, stellt das Vorhaben im energate-Interview vor.

energate: Herr Flegel, welche Bausteine umfasst das Smart-City-Konzept für Traben-Trarbach und bis wann soll was umgesetzt sein?



Flegel: „Es muss getestet werden, welche Kombination an Technologien im ländlichen Raum sinnvoll ist.“
(Foto: Innogy SE)

Flegel: Die Digitalisierung schreitet voran - durch die Vernetzung profitieren jedoch zumeist größere Städte. Allerdings kann dadurch auch der ländliche Raum deutlich an Attraktivität gewinnen. Gemeinsam mit der Stadt Traben-Trarbach planen wir genau einen solchen Probelauf. Als erste Kleinstadt in Deutschland wird Traben-Trarbach mit seiner historischen Altstadt digital vernetzt. Das Pilotprojekt zur Modellstadt "Smart-City" läuft bis ca. 2020. Die vereinbarte Zusammenarbeit legt die Rahmenbedingungen für die digitale

Modernisierung der Stadt fest. Die Detailgespräche mit der Stadt zur genauen Ausgestaltung und zum Umfang der aufzubauenden Technik folgen in den nächsten Wochen. Die Zusammenarbeit sieht vor, dass im Frühjahr 2019 die ersten Technikbausteine in Betrieb genommen werden können. Anschließend ist eine 18-monatige Erprobungsphase bis etwa Mitte 2020 vereinbart.

Innogy und Traben-Trarbach erproben den Einsatz von intelligenten Straßenleuchten, sogenannten Smart Poles. Diese können beispielsweise auch als W-Lan-Hotspot oder als Ladesäule für Elektroautos genutzt werden. Ein wesentlicher Baustein des Smart-City-Konzeptes ist der Aufbau eines kostenlosen W-Lan-Netzes in Traben-Trarbach auf beiden Moselseiten. Die ersten W-Lan-Strecken sollen auf prominenten Plätzen bereits kurzfristig für alle Bürger zur Verfügung stehen. Momentan stellt sich die notwendige DSL-Versorgung der Einspeisepunkte als Herausforderung dar. Weiterhin sind Informationsbildschirme geplant, die mit lokalen Nachrichten der Stadt oder Werbung bespielt werden können.

energate: Wie unterscheidet sich das Konzept in Traben-Trarbach von einem Smart-City-Konzept für eine Metropole?

Flegel: Grundsätzlich sind die Infrastrukturen in kleineren Kommunen andere als in Großstädten. Entsprechend gibt es hier unterschiedliche Gegebenheiten und unterschiedliche Herausforderungen. Wie eingangs beschrieben, ist zum Beispiel die für viele Anwendungsfälle notwendige Internetanbindung eine dieser Herausforderungen. Dies trifft auch auf Traben-Trarbach zu. Hier muss zunächst getestet werden, wie das Zusammenspiel der verschiedenen Telekommunikationsanbieter funktioniert und welche Kombination an Technologien sinnvoll ist.

energate: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Innogy, der Kommune und dem lokalen Versorger?

Flegel: Die Zusammenarbeit zwischen allen Partnern verläuft vorbildlich. Bereits in den ersten Wochen der Implementierungsphase hat sich gezeigt, dass die Umsetzung nur mit einem engagierten Team und Unterstützung aller Beteiligten zu schaffen ist. Bei einem solchen Projekt sind viele Detailfragen zu klären. Dies reicht von der Festlegung aller Standorte bis hin zur Abstimmung mit unterschiedlichen Behörden und Ämtern. So müssen beispielsweise auch Fragen zum Denkmalschutz geklärt werden. Gerne möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei allen Beteiligten herzlich für die Mitwirkung an den Konzepten bedanken. An der Art und Weise der Zusammenarbeit kann man deutlich erkennen, dass alle wirklich an einer kurzfristigen Umsetzung interessiert sind und das Konzept voll unterstützen.

Die Fragen stellte Philip Akoto, energate-Redaktion Essen.

INTELLIGENTE MESSSYSTEME

Erste Gateway-Zertifizierung geht an PPC

Bonn (energate) - Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat die erste Zertifizierung für ein Smart-Meter-Gateway vergeben. Das gemeinsam von Power Plus Communications (PPC) und der Schweizer Open Limit Sign Cubes AG entwickelte Gerät sei zertifiziert, bestätigte ein Sprecher des BSI. Insgesamt habe der Zertifizierungsprozess fünf Jahre gedauert, sagte PPC-Vorstand Ingo Schönberg zu energate.

Die Zertifizierung wird von der Branche mit Spannung erwartet. Denn erst wenn drei Gateways zertifiziert sind, wird der Rollout intelligenter Messsysteme verpflichtend. Ursprünglich war dies schon für 2017 geplant. Die Zulassung weiterer Gateways drängt, weil ab Dezember 2019 das derzeitige Interimsmodell von der sogenannten Marktkommunikation 2020 abgelöst wird. Diese sieht eine sternförmige Messwertübermittlung vor, Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Gateway. Derzeit erfolgt die Datenweiterleitung noch kettenförmig.

Landis + Gyr und Sagecom Dr. Neuhaus könnten folgen

Das BSI hatte im Herbst den Rollout für Ende Januar 2019 verkündet. Derzeit warten noch acht weitere Anbieter auf die Zertifizierung ihrer Gateways. Landis + Gyr sowie Sagecom Dr. Neuhaus könnten als nächstes zum Zuge kommen, erfuhr energate aus dem Umkreis der Unternehmen. Landis + Gyr hatte im Sommer zusammen mit dem Energiekonzern EnBW den sogenannten Assurance-Life-Cycle-Test, kurz ALC-Test, durchgeführt. Der Test gehört zu den wichtigsten Nachweisen, die ein Anbieter für die Zertifizierung erbringen muss. Er erprobt die Funktionsweise der Gateways unter Realbedingungen. Daneben müssen die Anlagen unter anderem eich- und datenschutzrechtliche Vorgaben sowie bestimmte Kommunikationsstandards erfüllen.

Bei der Firma Sagecom Dr. Neuhaus ist der ALC-Test im November gestartet und dauert zurzeit noch an. Alle anderen Tests und Nachweise hat das Unternehmen bereits erfüllt und ist damit im Zertifizierungsprozess ebenfalls schon recht weit fortgeschritten. Sagecom Dr. Neuhaus gehörte zusammen mit PPC und Landis + Gyr zu den ersten, die sich um eine Zertifizierung beworben hatten. Bei anderen Unternehmen stehen teilweise noch deutlich mehr Nachweise aus.

Richtlinienüberarbeitung stößt auf geteiltes Echo

Die entsprechenden Vorgaben für die Gateways werden derzeit überarbeitet. Das sei normal, sagte der BSI-Sprecher, technische Richtlinien würden fortlaufend angepasst. Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) bemängelt hingegen, dass es durch die Änderung zu einer Aufweichung der Vorgaben komme. Das BSI will einen der ursprünglich vier Tarifierungsfälle (Taf) vorübergehend nur optional vorschreiben.

Bei den Gateway-Anbietern stoßen die geplanten Änderungen auf ein geteiltes Echo. PPC-Vorstand Schönberg sagte, der nun wegfallende Taf 2 - Hoch- und Niedertarif - könne auch mit dem Taf 7 - Viertelstündliche Auflösung - abgedeckt werden. Damit spielten die geringeren Anforderungen in der Praxis keine Rolle für den Kunden. Sein Unternehmen decke aber alle Tafs ab. Ein anderer Gateway-Anbieter schlug deutlich kritischere Töne an und warf dem BNE Stimmungsmache vor. Mitglieder des BNE hätten bereits Gateways verbaut, die den strengen Sicherheitsanforderungen des BSI nicht genügten. Das sei der Hauptgrund für die Kritik des Verbandes.

Ein anderer Anbieter sagte hingegen, wenn man das Gateway seiner Mehrwerte beraube, dann werde es "vollkommen sinnfrei". Dem Kunden sei auch nicht zu vermitteln, warum er für Technik, die ihm keine Vorteile verschaffe, mehr zahlen soll. Der Anbieter plädierte dafür, möglichst alle Anwendungsfälle zu ermöglichen. Für viele zur Zertifizierung angemeldeten Geräte dürfte sich durch die neue Richtlinie ohnehin nichts ändern, da sie die vier ursprünglich vorgesehenen Anwendungsfälle erfüllen sowie teilweise sogar darüber hinausgehende Tarife - etwa für die Elektromobilität - ermöglichen./sd

FORSCHUNGSPROJEKT

Mieterstrom mit gewerblicher E-Mobilität entlastet Netz

Leipzig (energate) - Eine intelligente Vernetzung von solarem Mieterstrom mit gewerblicher Nutzung von E-Autos kann Verteilnetze sinnvoll entlasten. Diesen Zusammenhang untersucht das Forschungsprojekt "Winner" in der Pilotregion Chemnitz, das Marlene Paar vom Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften auf der Leipziger Fachkonferenz "New Energy World" vorstellte.



Die zwei Ladesäulen beziehen den Solarstrom vom Dach. (Foto: Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft eG)

Das vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) geförderte Projekt mit dem vollen Namen "Wohnungswirtschaftlich Integrierte Netzneutrale Elektromobilität in Quartier und Region" umfasst in der Pilotregion Chemnitz drei Demonstratoren in Gewerbe-, Misch- und Wohngebieten.

Solarstrom für Mieter und E-Autos

Der wohnungswirtschaftliche Demonstrator des Projekts befindet sich im acht Wohnblöcke umfassenden Quartier Alfons-Pech-Straße der Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft (CSG). Dort erzeugt eine Fotovoltaikdachanlage mit 34,56 kW Ökostrom für die Mieter unter dem Grundversorgungspreis. Zudem speist die Anlage zwei Ladesäulen, die in erster Linie der Carsharing-Anbieter Teilauto nutzt. Als einer von sieben Projektpartnern stellt er einem Gebäudeservicedienst und Pflegediensten drei E-Fahrzeuge zur Verfügung. So können die Dienstleister den überschüssigen Solarstrom vom Dach während ihrer meist tagsüber stattfindenden Einsätze zum Aufladen der Fahrzeuge nutzen. Dies optimiere den Verbrauch des vor Ort erzeugten Stroms und entlaste die Netze, erläuterte Paar. Gleichzeitig senke es die Kosten für die gewerbliche Mobilität. Auch den Mietern stehen die "Teilauto"-Fahrzeuge außerhalb der gewerblichen Nutzungszeiten zur Verfügung.

Ein Plus für die Wohnungswirtschaft

Neben Umwelt, Mietern und Gewerbe profitiere insbesondere auch die Wohnungswirtschaft von diesem Geschäftsmodell. Es erhöhe die Mieterbindung und steigere die Wettbewerbsfähigkeit. In Chemnitz zeigten sich die ansässigen Mieter in einer Befragung grundsätzlich interessiert. Während generell nur 45 Prozent ein E-Auto nutzen würden, könnten sich rund 68 Prozent eine regelmäßige Nutzung über Carsharing vorstellen. Hier kommt es laut Paar darauf an, bestehende Hemmnisse beispielsweise durch Sonderkonditionen für das Carsharing abzubauen. Denkbar sei unter anderem eine Echtzeitanzeige der Fahrzeugverfügbarkeit über digitale Infotafeln oder Smart-Home-Systeme.

Grenzen des Rechtsrahmens

Die Friedrich-Schiller-Universität Jena begleitet wissenschaftlich die technische und rechtliche Umsetzung verschiedener Geschäftsmodelle im Rahmen dieses Projektes. Paar wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die in Deutschland aktuell geltenden Bestimmungen hier Grenzen setzen. Die Auswertung des Projektes Ende 2019 soll Verbesserungspotenziale aufzeigen. Auch ein Leitfaden und Seminare für die Wohnungswirtschaft sind in Planung, um vergleichbare Projekte anzustoßen./ne

START-UP-BETEILIGUNG

Schwäbisch Hall will Wärmenetze intelligenter steuern

Schwäbisch Hall (energate) - Die Stadtwerke Schwäbisch Hall steigen zum Jahreswechsel beim Start-up Enisyst ein. Der baden-württembergische Versorger übernimmt 24,9 Prozent an dem auf intelligente Steuerung spezialisierten Unternehmen. Die Stadtwerke wollen diese Steuerungslösungen langfristig zur Optimierung ihrer Erzeugungsanlagen in den Nah- und Fernwärmenetzen nutzen,

heißt es in einer Mitteilung. Auch bei Betriebskonzepten für Stadtquartiere mit Wärme- und Arealstromnetzen und Energiemanagementsystemen für Gewerbebetriebe wollen die beiden Unternehmen künftig zusammenarbeiten.

Von Hochschulnähe profitieren

"Das Unternehmen passt gut zu uns und unserer Unternehmensausrichtung einer dezentralen und ressourcenschonenden Energieversorgung", begründete Ronald Pfitzer, Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall, den Schritt. Mit der zunehmenden Digitalisierung und den wachsenden Ansprüchen der Kunden im Bereich Abrechnung, Smart Home oder neuen Bezahlmodellen, wie Blockchain, müsse man sich an die veränderten Marktgegebenheiten anpassen und entsprechende Lösungen entwickeln, so Pfitzer weiter. Ein weiterer Pluspunkt von Enisyst sei deren Hochschulnähe. Das Unternehmen sei für junge Leute attraktiv, so dass der Versorger vom Zugang zum Arbeitsmarkt der IT-nahen Fachkräfte profitieren könne, hieß es.

Die Enisyst GmbH mit Sitz in Pliezhausen bei Stuttgart beschäftigt zwölf Mitarbeiter. Das junge Unternehmen entwickelt smarte Steuerungslösungen für Energieerzeugungs- und Verteilanlagen, die in größeren Gebäuden, wie Mehrfamilienhäusern oder mittelständischen Gewerbe- und Industrieobjekten zum Einsatz kommen. Gesellschafter und gleichzeitig Geschäftsführer sind Dieter Ebinger und Dirk Pietruschka. Letzterer ist zudem noch Geschäftsführer am Institut für angewandte Forschung (IAF) an der Hochschule für Technik Stuttgart./ml